

■ **Tim B. Müller hat mit seinen provokanten Thesen – nicht ganz unbeabsichtigt und nicht ganz überraschend – eine heftige Debatte über das Scheitern der Weimarer Republik ausgelöst. Seine Kritik an älteren Deutungen wird nun ihrerseits auf den Prüfstand gestellt. Überzeugen seine Argumente oder sind sie nur alter Wein in neuen Schläuchen, wie manche meinen? Steffen Kailitz, Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut in Dresden, bezieht aus politologischer Sicht Stellung.** ■

Steffen Kailitz

Demokratie und Wirtschaftspolitik in der Weimarer Republik in international vergleichender Perspektive

Eine Replik auf den Beitrag von Tim B. Müller

Dieser Beitrag bezieht sich vor allem, aber nicht nur auf den Aufsatz, den Tim B. Müller in der Oktobernummer 2014 der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte publiziert hat¹. Im Fokus der vorwiegend politologisch argumentierenden Kritik stehen auch seine anderen, vielfach parallel veröffentlichten Arbeiten, die demselben Thema gewidmet sind und denselben Tenor haben. Müller fordert hier wie dort, „endlich [...] die Deutungsmuster zur Zwischenkriegszeit, zur Geschichte der deutschen Demokratie einer grundlegenden Revision zu unterziehen“². Er behauptet, die Forschung zur ersten deutschen Demokratie habe sich in den letzten Jahrzehnten durchweg an der Annahme orientiert, dass die Weimarer Republik als „Demokratie ohne Demokraten“ „fast unweigerlich zum Scheitern verurteilt“ gewesen sei³. Dem hält er die Deutung entgegen, dass die erste deutsche Demokratie „auf einem guten Weg“⁴ war. Müller interpretiert dabei die Weimarer Republik als „Teil einer transnationalen Entwicklung, in deren Verlauf sich die westliche liberale und soziale Demokratie ausbildete“⁵. Auf einem „guten Weg“

¹ Vgl. Tim B. Müller, Demokratie und Wirtschaftspolitik in der Weimarer Republik, in: VfZ 62 (2014), S. 569–601.

² Ders., Die Ordnung der Krise. Zur Revision der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert, in: Zeitschrift für Ideengeschichte 8 (2014), S. 119–126, hier S. 121; vgl. auch ders., Nach dem Ersten Weltkrieg. Lebensversuche moderner Demokratien, Hamburg 2014; ders., Krieg und Demokratisierung. Für eine andere Geschichte Europas nach 1918, in: Mittelweg 36 23 (2014), H. 4, S. 30–52; ders., Der Erste Weltkrieg und die Geburt der sozialen Demokratie, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 59 (2014), H. 10, S. 95–108.

³ Ders., Demokratie, S. 569. Auf Müllers Essays reagierten Claus Dieter Krohn, Neue Geschichtsmetaphysik. Tim B. Müllers Blick auf die Weimarer Republik, und Paul Köppen, Neue Perspektiven zur Zwischenkriegszeit – Eine Antwort auf Claus-Dieter Krohn, beide in: [http://www.ifz-muenchen.de/fileadmin/user_upload/Vierteljahrshefte/Forum/\[letzter_Zugriff_25.2.2015\]](http://www.ifz-muenchen.de/fileadmin/user_upload/Vierteljahrshefte/Forum/[letzter_Zugriff_25.2.2015]).

⁴ Müller, Demokratie, S. 569. Beide Aussagen entstammen dabei dem Vorspann des Beitrags, der von der VfZ-Redaktion und nicht von Müller formuliert wurde. Sie geben aber die Eckpunkte der Deutung Müllers gut wider. Vgl. dazu Müller, Die Ordnung der Krise, S. 119–126.

⁵ Müller, Demokratie, S. 572.

war die Weimarer Republik wie andere „etablierte Demokratien“ in der „demokratischen Kernzone“ aus Sicht Müllers, weil „Keynesianer“ dort eine „demokratische Wirtschaftspolitik“ betrieben. Es lag aus dieser Perspektive nicht an einem Mangel an Demokraten oder Strukturdefiziten der deutschen Demokratie, sondern „an der Katastrophe der Weltwirtschaftskrise und daran, dass zur falschen Zeit die falschen Männer an der Regierung waren“⁶, dass der Weg Weimars nicht zur Konsolidierung führte. Konkret macht Müller für das Scheitern der deutschen Demokratie die Regierung Brüning verantwortlich, die in der Weltwirtschaftskrise mit ihrer „falschen“ Deflationspolitik vom „guten Weg“ der „demokratischen Wirtschaftspolitik“ der „Keynesianer“ abgewichen sei. Doch damit nicht genug. Müller möchte die Zwischenkriegszeit generell neu bewerten. Er sieht die Demokratiegeschichte der Zwischenkriegszeit als eine Erfolgsgeschichte der Entfaltung der Demokratie und betont dabei erneut die Bedeutung einer „demokratischen Wirtschaftspolitik“. Demokratien streben aus dieser tendenziell nicht nur optimistischen, sondern fast deterministischen Perspektive demnach dem Erfolg entgegen. Sie können überhaupt nur durch die Kombination einer wirtschaftlichen Katastrophe wie der Weltwirtschaftskrise mit wirtschaftspolitischen Fehlentscheidungen eines „falschen“ Manns zur „falschen“ Zeit zu Fall gebracht werden. In dieser Replik widerspreche ich zentralen Thesen Müllers, wobei ich vom Standpunkt einer globalen vergleichenden Perspektive aus argumentiere.

1. Für eine globale Demokratiegeschichte ohne Verzerrungen durch „halbeuropäische“ Halbherzigkeiten

Erst der Vergleich der deutschen Demokratie mit anderen Demokratien ermöglicht es, Aufschlüsse darüber zu gewinnen, welche Faktoren in der Zwischenkriegszeit das Überleben von Demokratien förderten und welche Kräfte in Richtung eines Sturzes wirkten⁷. Wie Müller halte ich es für notwendig, die Geschichte der deutschen Demokratie besser als bislang in eine transnationale Demokratiegeschichte einzubetten. Dazu bedarf es allerdings keineswegs eines „Neuanfangs“⁸ der Forschung zu Weimar und zur Zwischenkriegszeit. In der Geschichtswissen-

⁶ Ebenda.

⁷ Der Autor leitet am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung in Dresden ein Forschungsprojekt, bei dem aus globaler Perspektive die Gründe für das Scheitern und Überleben der Demokratie in der Zwischenkriegszeit untersucht werden. Vgl. Steffen Kailitz, *Sailing the Ship through the Storm. Necessary and Sufficient Conditions for the Breakdown and Survival of Democracies in the Interwar Years*. ECPR workshop „Democratic Regressions: Patterns and Causes“, Salamanca 2014; ders., *Nach dem „Großen Krieg“*. Vom Triumph zum Desaster der Demokratie 1918/19–1939, in: *Totalitarismus und Demokratie* 15 (2015), H. 1, S. 21–46. Die Abschlussmonographie des Projekts erscheint Ende 2015/Anfang 2016.

⁸ Müller, *Ordnung der Krise*, S. 126.

schaft⁹ und vor allem in den Sozialwissenschaften¹⁰ gehen bereits viele den Weg einer transnationalen Erforschung der Zwischenkriegszeit. Müller hätte in seinen Essays auf diesen Forschungen aufbauen können, in einigen Punkten vielleicht sogar müssen. Das eigentliche Problem sind aber grundlegende methodische Defizite, die Müllers spezifische transnationale Perspektive trüben.

Müller wirft den Weimar-Forschern pauschal vor, deterministisch vom Untergang her zu denken. Er selbst hingegen schreibt die Demokratiegeschichte deterministisch vom Überleben der von ihm betrachteten „etablierten Demokratien“¹¹ her. Nur Fälle, in denen die Demokratie langfristig Erfolg hatte oder in denen die Demokratie nur knapp scheiterte, waren für ihn nämlich wirklich Demokratien. Müller untersucht also nicht ergebnisoffen, ob – und unter welchen Voraussetzungen Demokratien in der Zwischenkriegszeit erfolgreich waren, sondern er verengt seine Länderauswahl von vornherein so, dass am Ende nur das wenig überraschende Ergebnis stehen kann: Demokratien haben sich gerade in Anbetracht der katastrophalen Weltwirtschaftskrise in der Zwischenkriegszeit erstaunlich gut entwickelt.

Müller wählt seine Fälle bereits auf der Grundlage des Erfolgs aus. Seine Auswahl ist damit gänzlich schief¹² und präjudiziert das Ergebnis. Aus dem transnationalen Blick blendet er konsequent alle Demokratien der Zwischenkriegszeit aus, die ebenso stark oder noch stärker als Deutschland mit strukturellen Hypotheken und einem Mangel an Demokraten zu kämpfen hatten.

Seinen Anspruch, die Demokratie durch die Brille der „zeitgenössische[n] Demokraten“¹³ zu betrachten und darauf zu verzichten, „Demokratiebegriffe der Gegenwart oder des Kalten Krieges auf die Welt nach dem Ersten Weltkrieg zu übertragen“¹⁴, dementiert er selbst, indem er einen sehr ambitionierten Demokratiebegriff eines Nachgeborenen anlegt. Müller unterscheidet nämlich zwi-

⁹ Vgl. u. a. Walther L. Bernecker, *Europa zwischen den Weltkriegen: 1914–1944*, Stuttgart 2002; Martin Kitchen, *Europe Between the Wars. A Political History*, London 2006; Gunther Mai, *Europa 1918–1939: Mentalitäten, Lebensweisen, Politik zwischen den Weltkriegen*, Stuttgart 2001; Horst Möller, *Europa zwischen den Kriegen*, München 1998; Robert Alastair Clarke Parker, *Europa 1918–1945*, Frankfurt a.M. 1993.

¹⁰ Vgl. u. a. Nancy Bermeo, *Ordinary People in Extraordinary Times: The Citizenry and the Breakdown of Democracy*, Princeton 2003; Dirk Berg-Schlosser/Jeremy Mitchell (Hrsg.), *Conditions of Democracy in Europe, 1919–39: Systematic Case-Studies*, New York 2000; dies. (Hrsg.), *Authoritarianism and Democracy in Europe, 1919–39: Comparative Analyses*, Basingstoke 2002; Giovanni Capoccia, *Defending Democracy: Reactions to Extremism in Interwar Europe*, Baltimore 2005; Gregory M. Luebbert, *Liberalism, Fascism, or Social Democracy: Social Classes and the Political Origins of Regimes in Interwar Europe*, Oxford 1991; Juan Linz/Alfred Stepan (Hrsg.), *The Breakdown of Democratic Regimes: Europe*, Baltimore 1978.

¹¹ Müller, *Nach dem Ersten Weltkrieg*, S. 64.

¹² Vgl. zum Problem des „sampling bias“ u. a. Barbara Geddes, *How the Cases You Choose Affect the Answers You Get: Selection Bias in Comparative Politics*, in: *Political Analysis* 2 (1990), H. 1, S. 131–150; David Collier/James Mahoney, *Insights and Pitfalls: Selection Bias in Qualitative Research*, in: *World Politics* 49 (1996), H. 1, S. 56–91.

¹³ Müller, *Demokratie*, S. 573.

¹⁴ Ebenda, S. 570.

schen „etablierten Demokratien auf der einen Seite und Staaten auf der anderen, in denen eine Zeitlang zögerlich und ohne Zukunft, mit der Demokratie experimentiert wurde“¹⁵. Dabei grenzt er eine „demokratische Kernzone in West-, Nord- und Mitteleuropa“ ab, „in der eine liberale und soziale Demokratie – politische Gleichberechtigung und Teilhabe aller Bürger in Verbindung mit der sozialpolitischen, wohlfahrtsstaatlichen Ermöglichung politischer Partizipation – angestrebt und errichtet wurde“¹⁶. Von dieser Warte aus weigert er sich, „die Geschichte der Demokratie in der Zwischenkriegszeit als eine gesamteuropäische Geschichte darzustellen“¹⁷. Müller macht mit Blick auf die Demokratien außerhalb seiner „demokratischen Kernzone in West-, Nord- und Mitteleuropa“ also genau das, was er der Weimar-Forschung pauschal vorwirft. Er unterstellt, dass Demokratien, die nicht „etabliert“ waren und sich außerhalb der „Kernzone“ befanden, von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen seien, da in ihnen nur „zögerlich und ohne Zukunft“¹⁸ mit der Demokratie experimentiert worden sei. Selbst wenn diese Behauptung etwa mit Blick auf Estland, Lettland und die Tschechoslowakei empirisch nicht komplett falsch wäre, ließe sich auf dieser Grundlage mitnichten rechtfertigen, dass in einer Demokratiegeschichte der Zwischenkriegszeit a priori nur „etablierte Demokratien“ berücksichtigt werden. Wer so vorgeht, kann, wie gesagt, nur eine Erfolgsgeschichte der Demokratie schreiben.

Dies würde noch deutlicher, wenn Müller nicht fälschlich die deutsche Demokratie als eine „etablierte Demokratie“ einstufen würde. Neben dem Deutschen Reich benennt Müller in seinem Beitrag konkret Großbritannien, die Vereinigten Staaten, Skandinavien und Australien als Demokratien¹⁹. Australien und die USA liegen allerdings außerhalb der von Müller abgegrenzten „demokratischen Kernzone“. Es bleibt insbesondere unklar, warum er vor allem die USA als Kontrastfall zur ersten deutschen Demokratie nutzt, obgleich es ihm eigentlich um eine europäische Demokratiegeschichte geht. Kann es sein, dass er den „keynesianischen“ Helden Franklin D. Roosevelt als Gegenspieler des wirtschaftspolitischen Schurken Heinrich Brüning benötigt²⁰?

Aus der Perspektive einer globalen Demokratiegeschichte waren der „Aufbruch“ zur Demokratie 1918/19 viel breiter und der „Einbruch“ 1933/1934 weit tiefer als Müller bei seinem Blick auf West-, Nord- und Mitteleuropa zu erkennen vermag. Tatsächlich ist der Kreis der Demokratien in der Zwischenkriegszeit ungleich größer, als Müller unterstellt. Um ihn plausibel abzugrenzen, wurden in einem großangelegten sozialwissenschaftlichen Projekt die Einstufungen aller selbständigen Länder der Zwischenkriegszeit in über 40 sozialwissenschaftlichen Datensätzen (wie Lexical, PIPE und Polity IV) und vergleichend angelegten wis-

¹⁵ Müller, Nach dem Ersten Weltkrieg, S. 64.

¹⁶ Müller, Demokratie, S. 572.

¹⁷ Müller, Nach dem Ersten Weltkrieg, S. 64.

¹⁸ Ebenda.

¹⁹ Vgl. Müller, Demokratie, S. 580.

²⁰ Es bleibt auch unklar, wie Müller etwa rechtfertigt, dass er die Demokratie in Deutschland berücksichtigt, die in Österreich aber nicht. Auch andere Demokratien in der „Kernzone“ wie Belgien, Frankreich und die Niederlande bleiben in seinen Essays weitgehend unerwähnt.

senschaftlichen Standardwerken ausgewertet. Darüber hinaus wurde – davon unabhängig – der Kreis der Demokratien mittels einer anspruchsvollen Demokratie- definition mit sechs Kriterien bestimmt²¹.

Die folgende Übersicht gibt an, welche Staaten auf dieser Basis in der Zwischenkriegsperiode zumindest zeitweilig als Demokratien einzustufen sind. Es sind 26. In 14 davon überdauerte die Demokratie die gesamte Zwischenkriegszeit. Dies sind Australien, Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Irland, Kanada, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und die USA. In zwölf Ländern – also keineswegs nur in Deutschland, wie Müller behauptet – kam die Demokratie in der Zwischenkriegszeit zu Fall.

Tabelle 1: Demokratiezusammenbrüche in der Zwischenkriegszeit

Demokratie	Ende	Beginn
Portugal I	19.10.1921	11.05.1919
Italien	28.10.1922	06.11.1919
Polen	12.05.1926	26.01.1919
Portugal II	28.05.1926	29.01.1922
Litauen	17.12.1926	14.04.1920
Argentinien	06.11.1930	02.04.1916
Deutschland	30.01.1933	19.01.1919
Österreich	15.03.1933	16.02.1919
Uruguay	31.03.1933	30.07.1916
Estland	12.03.1934	05.04.1919
Lettland	15.05.1934	17.04.1920
Griechenland I	10.10.1935	07.11.1926
Griechenland II	04.08.1936	26.01.1936
Spanien	18.07.1936	28.06.1931

Der revolutionäre Aufbruch zur Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg hatte viel mit dem amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson zu tun. Dessen berühmte 14 Punkte vom 8. Januar 1918 zündeten die Lunte, die zur „Explosion“ der Demokratisierungen in Zentral- und Osteuropa von 1918 bis 1920 führte²². Der revolutionäre Aufbruch fand in Europa also gerade außerhalb der von Müller umrissenen „demokratischen Kernzone“ statt²³. In weiten Teilen Ostmitteleuropas – in Estland, Finnland²⁴, Lettland, Litauen, Österreich, Polen und der Tschechoslowakei

²¹ Zu den Details des Vorgehens vgl. Kailitz, Nach dem „Großen Krieg“, und den Online-Appendix zu dem Beitrag auf den Seiten des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung.

²² Vgl. Erez Manela, *The Wilsonian Moment Self-Determination and the International Origins of Anticolonial Nationalism*, Oxford 2007.

²³ Vgl. u. a. Frances L. Carsten, *Revolution in Central Europe, 1918–1919*, Aldershot 1988.

²⁴ Finnland gehört – dies gerät immer stärker in Vergessenheit – historisch zu Ostmitteleuropa. Esten und Finnen teilen nahezu die gleiche Sprache, Religion (Protestantismus) und Kultur. Bis zum Zweiten Weltkrieg verlief die Geschichte auch weitgehend parallel. Zunächst gab es

– bildeten sich 1919/20 wie in Deutschland erstmals Demokratien nach „westlichem“ Muster heraus. Dort war der zeitgenössische nationenübergreifende demokratische „Zeitgeist“ eine entscheidende Triebfeder für die Hinwendung zur Demokratie. Deutlicher als in der Proklamation der polnischen Unabhängigkeit vom 7. Oktober 1918 kann dieser Aufbruchsimpuls kaum gefasst werden: „In dieser Stunde ist der Wille des polnischen Volkes klar, entschlossen und einstimmig. [...] Indem wir diesen Willen spüren und diesen Appell auf ihn stützen, stehen wir auf der Grundlage der allgemeinen Friedensprinzipien, die vom Präsidenten der Vereinigten Staaten verkündet wurden und gegenwärtig von der ganzen Welt als Fundament angenommen werden, ein neues Zusammenleben der Völker zu errichten.“²⁵ Die polnischen Demokraten fühlten sich bei der Aufnahme des Rufs „von jenseits der Grenzen“ nicht weniger demokratisch als deutsche Demokraten wie Gustav Bauer²⁶. Die lettische und die estnische Verfassung waren sogar die wohl progressivsten demokratischen Verfassungen ihrer Zeit²⁷.

Mit Blick auf Deutschland meint Müller zu Recht: „Den Zeitgenossen wäre der Gedanke, dass ein fundamentaler Unterschied zwischen Deutschland und den anderen Demokratien bestand, sonderbar vorgekommen.“²⁸ In den neu entstandenen ostmitteleuropäischen Demokratien war es nicht anders. Albert Salts, der wohl wichtigste lettische Wirtschaftspolitiker der Zwischenkriegszeit, formulierte dies so: „In kultureller Beziehung gehört Lettland zu Westeuropa, und in diesem Sinne bilden die Ostgrenzen Lettlands die Ostgrenze Europas.“²⁹ In den Köpfen der Demokraten gab es nach dem Ersten Weltkrieg *ein* Europa, das sich gemeinsam auf dem Weg zu einer neuen demokratischen Friedensordnung befand. Auch die neuen Demokratien Ostmitteleuropas waren also wie Deutschland „Teil einer demokratischen Völkergemeinschaft“³⁰.

Erscheint aus globaler Sicht der Aufbruch zur Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg viel weitreichender als ihn Müller darstellt, so wird auch erst aus dieser Perspektive die tiefe Krise der Demokratie in den 1930er Jahren deutlich. Abgesehen von den „etablierten Demokratien“ überlebten nämlich nur die neuen Demokratien in Finnland und der Tschechoslowakei. Im Unterschied zu allen Zeiten zuvor und danach gab es nur in der Zwischenkriegszeit Phasen (konkret 1922–1926 und 1931–1936), in denen mehr Demokratien scheiterten als neu entstan-

eine lange schwedische, dann eine lange russische Fremdherrschaft. Es folgte die nationale Unabhängigkeit nach dem Ersten Weltkrieg.

²⁵ Proklamation des Regentschaftsrates an das polnische Volk zur Bildung eines unabhängigen polnischen Staates vom 7. 10. 1918, <http://www.herder-institut.de> [15. 2. 2015].

²⁶ Gustav Bauer, zit. nach Müller, Demokratie, S. 569.

²⁷ Vgl. Das Grundgesetz der Republik Estland vom 15. 6. 1920, in: Die Verfassungen in Europa 1789–1949. Wissenschaftliche Textedition unter Einschluß sämtlicher Änderungen und Ergänzungen sowie mit Dokumenten aus der englischen und amerikanischen Verfassungsgeschichte, hrsg. von Dieter Gosewinkel und Johannes Masing unter Mitarbeit von Andreas Würschinger, München 2006, S. 1857–1868; Verfassung der Republik Lettland vom 15. 2. 1922, in: Ebenda, S. 1946–1953.

²⁸ Müller, Nach dem Ersten Weltkrieg, S. 69.

²⁹ Albert Salts, Lettlands Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, Riga 1930, S. 114.

³⁰ Müller, Demokratie, S. 601.

den. Zur Geschichte der Zwischenkriegszeit gehört, dass Demokratien fundamental durch neue antidemokratische – faschistische, kommunistische, aber auch autoritäre – Bewegungen und Regime herausgefordert wurden³¹.

2. Demokratie und Wirtschaft

Mit der Behauptung einer naturwüchsigen Beziehung von Demokratie und Marktwirtschaft macht sich Müller ausgerechnet eine Prämisse der von ihm ansonsten heftig kritisierten „marktradikalen und antietatistischen“³² Österreichischen Schule der Nationalökonomie zu eigen³³. Tatsächlich stehen Demokratie und Marktwirtschaft aber in einem spannungsreichen Verhältnis zueinander. Sie folgen nämlich unterschiedlichen Logiken: Die Marktwirtschaft ist hierarchisch organisiert und die Akteure in den Unternehmen streben nach Profit. Demokratien dürfen dagegen nicht hierarchisch organisiert sein und streben nach dem allgemeinen Wohl³⁴. Das Verhältnis von Demokratie und Wirtschaft ist wegen dieser grundlegenden Spannung zweier unterschiedlicher Logiken der Kernbereich, in dem häufig über Wohl und Wehe von Demokratien entschieden wird. In diesem Kernbereich treffen die Interessen zentraler Akteure, vor allem der Vertreter der Arbeitnehmer und der Unternehmer, aufeinander. Dieser Interessenkonflikt ist dabei für demokratische Politiker umso einfacher zu moderieren, je größer der Kuchen ist, der verteilt werden kann.

Müller argumentiert, dass „ökonomische Produktivität“ in der „Massendemokratie eine Voraussetzung politischer Legitimität“³⁵ sei. Damit trifft er einen sehr wichtigen Punkt, greift zugleich aber zu kurz. Ökonomische Produktivität kann nämlich Demokratien wie Autokratien legitimieren. Diese Klarstellung ist bedeutsam für die Analyse der unterschiedlichen Schicksale von Demokratien in der Zwischenkriegszeit. Die so verschiedenen politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen hatten nämlich ebenso Einfluss darauf, ob eine Demokratie scheiterte oder nicht, wie die Vorgeschichte mit ihren Hypothesen und nicht zuletzt mit den Erwartungen, die früher geweckt wurden³⁶.

³¹ Vgl. u. a. Arnd Bauerkämper, *Der Faschismus in Europa 1918–1945*, Stuttgart 2006; ders., *Der „Große Krieg“ als Beginn: Der Konflikt zwischen traditionellen Ordnungskonzepten, Faschismus und Autoritarismus*, in: *Totalitarismus und Demokratie* 15 (2015), H. 1, S. 73–96. Eng damit verbunden ist die Betrachtung der „universelle[n] Faszination der Oktoberrevolution“ (François Furet, *Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert*, München 1996, S. 87–136), und des Sowjetkommunismus nicht nur als Vorbild, sondern eben auch als Schreckbild der Rechten; vgl. Kai-Uwe Merz, *Das Schreckbild. Deutschland und der Bolschewismus 1917 bis 1921*, Berlin 1995.

³² So über Ludwig von Mises, in: Müller, *Demokratie*, S. 589.

³³ Vgl. Friedrich A. von Hayek, *The Road to Serfdom*, Chicago 1944; Ludwig von Mises, *Planning for Freedom, and Sixteen Other Essays and Addresses*, South Holland 1980.

³⁴ Vgl. Wolfgang Merkel, *Is Capitalism Compatible with Democracy?*, in: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 8 (2014), H. 2, S. 109–128.

³⁵ Müller, *Demokratie*, S. 575.

³⁶ Vgl. dazu Kailitz, *Nach dem „Großen Krieg“*.

Die erste deutsche Demokratie musste nach dem Ersten Weltkrieg eine besonders hohe wirtschaftliche Latte überspringen, um die Erwartungen der Bürger zu befriedigen. Das Deutsche Kaiserreich hatte – wie ansonsten nur die USA – seit 1870 mit einigen zwischenzeitlichen Stagnationsphasen ein historisch beispielloses „Wirtschaftswunder“³⁷ erlebt. Nach 1918 trauerte deshalb ein Teil der Bevölkerung dem Kaiserreich nach. Die Weimarer Republik stand, um sich eine stabile Legitimationsbasis zu verschaffen, vor dem gewaltigen Problem, nicht hinter der wirtschaftlichen Produktivität des Deutschen Kaiserreichs zurückzubleiben. Hinzu kam, dass die Arbeiterschaft vom neuen demokratischen Staat mehr Sozialstaatlichkeit als vom Kaiserreich erwartete³⁸. Das Deutsche Reich war im Unterschied zu den „etablierten Demokratien in West-, Nord- und Mitteleuropa“ aber *der* Verlierer des Ersten Weltkriegs. Die deutsche Demokratie hatte es aufgrund der Reparationen weit schwerer, den wirtschaftlichen Vorkriegsstand zu erreichen oder zu übertreffen als etwa die angelsächsischen oder skandinavischen Demokratien. Schließlich belastete das in Deutschland verbreitete Gefühl, von den Siegermächten durch den Versailler Vertrag als eine Art Paria behandelt zu werden, das Verhältnis zu den „etablierten Demokratien“ und in national gesinnten Teilen der Bevölkerung auch das Verhältnis zur Demokratie selbst.

In den „etablierten Demokratien“ entfaltete sich die Demokratie nicht – wie Müller behauptet – erst nach dem Ersten Weltkrieg. Gerade in den angelsächsischen Staaten gab es bereits vor 1918 einen gefestigten nationalen Grundkonsens über demokratische Werte. Fundamentale Verteilungsprobleme wirtschaftlichen Wohlstands bewegten in der Zwischenkriegszeit die dortigen Demokratien. Auch in Australien, Großbritannien, Kanada, Neuseeland und den USA drängte die Arbeiterbewegung auf einen Ausbau der Sozialpolitik. Den liberalen Eliten war es in diesen Ländern aber bereits recht früh gelungen, die Arbeiterschaft peu à peu in das liberale und parlamentarische Regime zu integrieren³⁹. Für kommunistische Parolen erwärmten sich nur wenige, und das Bürgertum konnte sich in den angelsächsischen Demokratien recht sicher sein, dass von der Arbeiterschaft im Unterschied zu Deutschland keine Umsturzgefahr und damit eine Gefährdung seines wirtschaftlichen Besitzstandes ausging⁴⁰. Dadurch hatte auch das Bürgertum keinerlei ökonomisches Interesse, die Demokratie in Frage zu stellen.

³⁷ Vgl. u. a. Alexander Jung, Das erste Wirtschaftswunder, in: Spiegel-Special: Made in Germany. Wie die deutsche Wirtschaft durch die Globalisierung gewinnt, H. 5/(2008), S. 88–93.

³⁸ Vgl. Heinrich A. Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung: Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, Bonn 1985.

³⁹ Vgl. Luebbert, Liberalism, Fascism, or Social Democracy.

⁴⁰ Bis heute ist der Sozialstaat in den USA und Großbritannien deutlich geringer ausgebaut als etwa in Deutschland. Die angelsächsischen Demokratien zeichnen sich in langer Perspektive gerade nicht durch das von Müller vorgestellte Modell einer „demokratischen“ Wirtschafts- und Sozialpolitik aus. Vgl. zu den grundlegenden pfadabhängigen Unterschieden der Sozialstaatsstrukturen des konservativen deutschen, des sozialdemokratischen skandinavischen und des liberalen angelsächsischen Sozialstaatsmodells Gøsta Esping-Andersen, *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Princeton 1990.

In Deutschland lagen die Dinge anders. Hier fehlte diese weitgehende Selbstgewissheit des Bürgertums, und radikale Parolen fanden in der deutschen Arbeiterbewegung viel größeren Anklang. Dies bedeutet keineswegs, dass die erste deutsche Demokratie zum Scheitern verurteilt war. Sie hatte es aufgrund ihrer spezifischen sozioökonomischen Ausgangslage aber weit schwerer, die Weltwirtschaftskrise zu überstehen als etwa die britische. Es hätte wohl lediglich einer längeren ökonomischen Schönwetterperiode bedurft, um die erste deutsche Demokratie zu konsolidieren. Ohne die Weltwirtschaftskrise wäre Weimar nicht gescheitert, so eine höchst plausible und seit langem einflussreiche Deutung⁴¹. Auch wenn nur der deutsche und österreichische Demokratiezusammenbruch in unmittelbarem Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise stehen, so war sie fraglos das zentrale Ereignis, das für die generelle Krise der Demokratie in den 1930er Jahren verantwortlich war⁴². Der Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung ist mithin ein Kernfaktor, der über Wohl und Wehe von Demokratien mitentscheidet. Laut Müller gibt es das Wundermittel einer „demokratischen Wirtschaftspolitik“, mit dem sich Demokratien gegen ihren Sturz in wirtschaftlichen Krisenzeiten wappnen können. Aber ist das wirklich so?

3. Gibt es *eine* „demokratische Wirtschaftspolitik“?

Der „Keynesianismus“ ist für Müller *die* „demokratische Wirtschaftspolitik“. Als ihr Kennzeichen benennt er den „Segen sowohl des freien Welthandels als auch der international erfolgreichen Sozialpolitik“⁴³. Einen „Segen“ bringen die „Guten“. Wer einen anderen Kurs als die „Keynesianer“ verfolgt, erscheint in diesem Weltbild als „böse“, zumindest handelt er wirtschaftspolitisch „falsch“. Alles, was von links und rechts an Alternativen zum „Keynesianismus“ entwickelt wurde, ist für Müller also keine „demokratische Wirtschaftspolitik“. Die Bösen sind aus seiner Sicht vor allem die „Vertreter einer geschichtslosen Markt-Theologie“⁴⁴.

Müller sieht vor dem Hintergrund seiner wirtschaftspolitischen Schwarz-Weiß-Skizze die erste deutsche Demokratie schon deswegen „auf einem guten Weg“⁴⁵, weil im Reichswirtschaftsministerium zunächst „Keynesianer“ um den Staatssekretär und Wirtschaftsprofessor Julius Hirsch am Werk waren⁴⁶. Müllers Anklage gegen Heinrich Brünings Wirtschaftspolitik in der Weltwirtschaftskrise lautet umge-

⁴¹ So erklärte etwa Lepsius 1978 in einem bis heute einflussreichen Beitrag zur ersten deutschen Demokratie: „The impact of the economic depression on the rise of Nazism and the breakdown of democracy in Germany cannot be overestimated.“ M. Rainer Lepsius, From Fragmented Party Democracy to Government by Emergency Decree and National Socialist Takeover: Germany, in: Linz/Stepan (Hrsg.), Breakdown, S. 34–79, hier S. 50.

⁴² Vgl. Jørgen Møller/Alexander Schmotz/Svend-Erik Skaaning, Economic Crisis and Democratic Breakdowns in the Interwar Years: A Reassessment. Paper presented at the Council for European Studies Conference, June 25–27, Amsterdam 2013.

⁴³ Beide Zitate in: Müller, Demokratie, S. 588.

⁴⁴ Müller, Nach dem Ersten Weltkrieg, S. 98.

⁴⁵ Müller, Demokratie, S. 569.

⁴⁶ Vgl. u. a. ebenda, S. 594.

kehrt: „Er gab die demokratische Wirtschaftspolitik nicht nur auf, er handelte im Gegensatz zu ihren Grundeinsichten.“⁴⁷ Kurz: Eine Demokratie befindet sich auf einem guten Weg, wenn „Keynesianer“ am Werk sind. Nicht-„Keynesianer“ sind dagegen falsche Männer, die falsche Wirtschaftspolitik machen und damit den Sturz von Demokratien verursachen.

Müllers Vorgehen ist mehr als problematisch. Eine „demokratische Wirtschaftspolitik“ gibt es ebenso wenig wie eine „autokratische Wirtschaftspolitik“. Es gibt vielmehr ein recht breites Spektrum an unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Vorstellungen von links und rechts, die mit der Demokratie vereinbar sind. Müllers Denkfigur einer urwüchsigen Beziehung zwischen „Keynesianismus“ und Demokratie ist ebenso irreführend wie die – etwa von Hans Jörg Hennecke behauptete – Denkfigur einer urwüchsigen Beziehung zwischen „Hayekanismus“ und Demokratie⁴⁸.

John Maynard Keynes adressierte in der Zwischenkriegszeit seine Positionen an dem politischen Schnittbereich von „Liberalism and Labour“⁴⁹ und gegen die Wirtschaftspolitik der Konservativen in Großbritannien. Politisch beheimatet war der „Keynesianismus“ in Weimar nahezu ausschließlich im sozialdemokratischen und linksliberalen Milieu. Mithin gelten für Müller im Bereich der Wirtschaftspolitik nur „zeitgenössische“ sozialdemokratische und linksliberale Positionen als „demokratisch“. Diese extrem enge Abgrenzung demokratischer Positionen ist unhaltbar. Sie steht darüber hinaus in einem fundamentalen Widerspruch zu Müllers eigener Deutung, dass es keinen Mangel an Demokraten gegeben habe. Sozialdemokraten und Linksliberale waren bereits 1920 in der Minderheit, ihre Anhängerschaft nahm danach rasch weiter ab. Letztlich setzt Müller als engagierter Anhänger des „Keynesianismus“ seine wirtschafts- und sozialpolitischen Werturteile absolut. Weder ist eine Demokratie zwangsläufig auf einem „guten Weg“, nur weil Regierungen eine „keynesianische“ Wirtschaftspolitik betreiben, noch driftet sie unweigerlich in Richtung Diktatur, wenn eine andere Wirtschaftspolitik verfolgt wird.

In einer unvoreingenommenen Untersuchung über den Zusammenhang von Wirtschaftspolitik und Demokratie müssen die Konzepte „Demokratie“ und „Wirtschaftspolitik“ sauber auseinandergehalten werden. Erst auf dieser Grundlage lässt sich empirisch untersuchen, welche Wirtschaftspolitik im transnationalen Vergleich unter welchen Kontextbedingungen welche Folgen für eine Demokratie hatte. Es wäre dann etwa auch zu erkunden, ob der „Keynesianismus“ bis zum Amtsantritt Brünnings schädlich und/oder nützlich für die wirtschaftliche und

⁴⁷ Ebenda, S. 599.

⁴⁸ Vgl. Hans Jörg Hennecke, Friedrich August von Hayek: die Tradition der Freiheit, Düsseldorf 2000. Zu dieser wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Programmatik vgl. auch von Hayek, Road to Serfdom; von Mises, Planning for Freedom.

⁴⁹ Vgl. John Maynard Keynes, Liberalism and Labour (1926), in: Elizabeth Johnson/Donald. E. Moggridge (Hrsg.), The Collected Writings of John Maynard Keynes, Vol. 9: Essays in Persuasion, London 1982, S. 307–312.

politische Entwicklung der Weimarer Demokratie war⁵⁰. Einzugehen wäre insbesondere auf die Zeit, in der die „Keynesianer“ um Julius Hirsch tatsächlich die Wirtschaftspolitik prägten, also die Zeit, bis Hirsch 1923 das Reichswirtschaftsministerium verließ. Eine solche Untersuchung müsste sich auch mit dem Vorwurf auseinandersetzen, dass gerade das „keynesianische“ Übermaß an staatlichen Ausgaben bei mangelnden Einnahmen in der Nachkriegskrise die Inflation wesentlich begünstigte, die 1923 mit der Hyperinflation in einem sozioökonomischen Desaster von bis dahin ungekanntem Ausmaß mündete⁵¹. Umgekehrt wäre dann auch zu klären, ob und in welchem Maße die Wirtschaftspolitik der Regierung Brüning in der Weltwirtschaftskrise tatsächlich Schaden anrichtete.

4. Ist Brüning Schuld am Scheitern von Weimar?

Da die Weltwirtschaftskrise alle, auch die „etablierten Demokratien“ erschütterte und Müller auf die nationalen Variationen der sozioökonomischen Erschütterung nicht eingeht, macht er allein Brünings Abrücken von der „demokratischen Wirtschaftspolitik“ in der Weltwirtschaftskrise für das Scheitern der ersten deutschen Demokratie verantwortlich. Das ist eine steile, aber auch nicht gerade neue These. Aufgrund des aktuellen Forschungsstands lässt sich mit einiger Sicherheit nur sagen, dass Brüning sich bewusst für die Deflationspolitik entschied, obgleich alternative Politiken zumindest nicht ausgeschlossen waren⁵². Dies ist allerdings für die Frage der Triftigkeit von Müllers Deutung nachrangig.

Damit seine Deutung als tragfähig eingestuft werden kann, müsste die folgende Frage mit einem klaren Ja beantwortet werden können: Gibt es belastbare Belege

⁵⁰ Dies ist unter Wirtschaftshistorikern bekanntlich umstritten. Borchardt vertrat etwa die Ansicht, dass gerade der „Keynesianismus“, also dass bis zu Brünings Amtsantritt die Wirtschafts- und Sozialpolitik dem Primat der Haushaltskonsolidierung übergeordnet wurde, wesentlich dazu beigetragen habe, dass Deutschland bereits in einer beträchtlichen wirtschaftlichen Schiefelage in die Weltwirtschaftskrise ging. Schon in den „guten Jahren“ der Weimarer Republik sei demnach die ambitionierte Sozialpolitik kaum zu finanzieren gewesen. Vgl. Knut Borchardt, Wege aus der Arbeitslosigkeit – Die Diskussion in der Weltwirtschaftskrise, in: ifo Schnelldienst 58 (2005), H. 20–28, S. 42. Vgl. auch ders., Zwangslagen und Handlungsspielräume in der großen Wirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre: Zur Revision eines überlieferten Geschichtsbildes, in: Michael Stürmer (Hrsg.), Die Weimarer Republik. Belagerte Civitas, Königstein 1980, S. 318–339.

⁵¹ Vgl. zur deutschen „Hyperinflation“ 1923 u. a. Gerald D. Feldman, Bayern und Sachsen in der Hyperinflation 1922–23, München 1984; Carl-Ludwig Holtfrerich, Die deutsche Inflation 1914–1923: Ursachen und Folgen in internationaler Perspektive, Berlin 1980; Gerald D. Feldman/William J. Bouwsma, Die Erfahrung der Inflation im internationalen Zusammenhang und Vergleich, Berlin 1984; Gerald D. Feldman, The Great Disorder: Politics, Economics, and Society in the German Inflation, 1914–1924, Oxford 1997.

⁵² Vgl. zuletzt Paul Köppen, „Aus der Krankheit konnten wir unsere Waffe machen.“ Heinrich Brünings Spardiktat und die Ablehnung der französischen Kreditangebote 1930/31, in: VfZ 62 (2014), S. 349–375. Vgl. auch Carl-Ludwig Holtfrerich, Alternativen zu Brünings Wirtschaftspolitik in der Weltwirtschaftskrise?, in: Historische Zeitschrift 235 (1982), S. 605–631. Dem widerspricht Knut Borchardt, Eine Alternative zu Brünings Sparkurs? Zu Paul Köppens Erfindung französischer Kreditangebote, in: VfZ 63 (2015), S. 229–239.

dafür, dass die erste deutsche Demokratie wegen Brüning's Wirtschaftspolitik gescheitert ist und dass sie bei einer „keynesianischen“ Wirtschaftspolitik 1930 bis 1932 eben nicht gescheitert wäre? Diese Frage lässt sich aber nicht plausibel mit einem entschiedenen Ja beantworten. Indem Müller den „falschen“ wirtschaftspolitischen Entscheidungen der Regierung Brüning die Schuld für das Scheitern der deutschen Demokratie gibt, unterstellt er gleich mehreres: 1. dass Brüning mit seiner „falschen“ Wirtschaftspolitik 1930 bis 1932 sehenden Auges von einer in Demokratien üblichen „demokratischen Wirtschaftspolitik“ abrückte; 2. dass eine aktive Konjunkturpolitik 1930 bis 1932 zu einem besseren Überstehen der Weltwirtschaftskrise und damit auch zum Überleben der Demokratie beigetragen hätte; 3. dass die finanziellen und politischen Rahmenbedingungen für eine aktive Konjunkturpolitik vorhanden waren. Wenn nur einer dieser Punkte nicht zutrifft, kann man Brüning nicht die „Schuld“ am Sturz der ersten deutschen Demokratie geben.

Der erste Punkt reicht bereits für einen „Freispruch“ Brüning's. Der „Angeklagte“ folgte mit seiner Deflationspolitik in den Jahren 1930 bis 1932 nämlich im Großen und Ganzen der in dieser Zeit von Wirtschaftswissenschaftlern allgemein empfohlenen wirtschaftspolitischen Strategie in Krisenzeiten. Zu Beginn der Weltwirtschaftskrise betrieben alle Regierungen in den bedeutenden Industriestaaten noch eine Deflationspolitik⁵³. Auch die Regierungen in den USA und Schweden verfolgten damals eine orthodoxe, teils neo-orthodoxe und keine angebotsstimulierende „keynesianische“ Wirtschaftspolitik. Die anders gelagerten Maßnahmen des „New Deal“ begannen erst 1933⁵⁴. Für Schweden kommt die detaillierte Analyse Jukka Pekkarinens sogar noch für das Jahr 1933 zu folgendem Urteil: „Turning to the actual course of economic policy, we find that policy during the Great Depression was predominantly conservative and orthodox.“⁵⁵

Die Deflationspolitik der Regierung Brüning in den Jahren 1930 bis 1932 war also keineswegs eine irrationale Abkehr von einer in Demokratien üblichen „demokratischen Wirtschaftspolitik“. Müller argumentiert somit ahistorisch. Schon gar nicht blickt er durch die Brille der Zeitgenossen auf die Wirtschaftspolitik Brüning's, sonst hätte er sich mit der Tatsache auseinandersetzen müssen, dass Keynes bei einem Vortrag in Hamburg 1932 die von Brüning verfolgte wirtschaftspolitische Strategie wohlwollend kommentierte. Auch Keynes sah es als vordring-

⁵³ Vgl. u. a. Peter Fearon, *The Origins and Nature of the Great Slump 1929–1932*, Atlantic Highlands 1979, S. 56 f.

⁵⁴ 1933 war in Deutschland der Fortschrittsglaube der Demokratien tief erschüttert. Der an den Konzeptionen von Keynes orientierte „New Deal“ war ein ganz und gar radikaler, von fundamentaler Verunsicherung getriebener Bruch mit der vorherigen US-amerikanischen Wirtschaftspolitik. Vgl. dazu u. a. Ira Katznelson, *Fear Itself: The New Deal and the Origins of Our Time*, New York 2013.

⁵⁵ Jukka Pekkarinen, *Keynesianism and the Scandinavian Models of Economic Policy*, Helsinki 1988, S. 42. Zur vergleichenden Einordnung der Wirtschaftspolitiken im Zuge der „Großen Depression“ vgl. Peter Alexis Gourevitch, *Breaking with Orthodoxy: The Politics of Economic Policy Responses to the Depression of the 1930s*, in: *International Organization* 38 (1984), H. 1, S. 95–129, hier S. 102.

lich an, die Finanzmärkte zu stabilisieren, bevor man sich der Ankurbelung der Industrie zuwandte. Zwar empfahl er Deutschland, den Gold-Standard zu verlassen. Er äußerte aber Verständnis dafür, dass Deutschland diesen Schritt wegen der ungelösten Reparationsfrage hinauszögerte⁵⁶. Nach seinem Hamburger Vortrag traf Keynes mit Brüning in Berlin zusammen. Dabei machte er sich noch besser mit den konkreten deutschen Rahmenbedingungen in der Krise, vor allem dem Young-Plan, vertraut. Schließlich machte sich Keynes sogar Brünings Position zu eigen, dass keine deutsche Regierung überleben könne, die im Zeichen der Krise nicht auf ein vollständiges Ende der Reparationen dränge⁵⁷. So wohlwollend muss man Brünings Strategie nicht beurteilen. Es reicht festzuhalten, dass er nicht wider besseren Wissens in der Weltwirtschaftskrise 1930 bis 1932 eine „falsche“ Politik betrieb.

Als Demokratien wie Schweden und die USA auf eine „keynesianische“ Krisenpolitik umschwenkten, war Deutschland bereits eine Diktatur. Dennoch ist es mit Blick auf Müllers Gut-Böse-Skizze sinnvoll, die Frage aufzuwerfen: was wäre geschehen, wenn. Laut einer sorgfältigen vergleichenden Untersuchung von Ekkart Zimmermann und Thomas Saalfeld hatte die konkrete Wirtschaftspolitik in der Weltwirtschaftskrise für den wirtschaftspolitischen Erfolg keine große Bedeutung⁵⁸. Sowohl Demokratien wie Schweden und die USA, die nach 1933 eine „keynesianische“ Krisenpolitik betrieben, als auch solche, die wie Großbritannien durch die gesamte Weltwirtschaftskrise hindurch eine Deflationspolitik verfolgten, konnten die Krise wirtschaftlich und politisch meistern. Die ersten beiden Punkte sprechen aus vergleichender Perspektive bereits so deutlich gegen einen historischen „Schuldspruch“ Brünings, dass auf den dritten Punkt nicht mehr ausführlich eingegangen werden muss.

Nur noch so viel. Müller bettet das Handeln der Regierung Brüning in den Jahren 1930 bis 1932 unzureichend in den Kontext und die Kontinuität der deutschen Wirtschaftsentwicklung ein. Die unerhörten wirtschaftlichen Belastungen durch die Kriegsniederlage, die Nachkriegskrise, die 1923 durch die Ruhrbesatzung ausgelöste Steigerung der starken Inflation bis zur vollständigen Entwertung der Währung und die das Staatsbudget stark belastenden Reparationszahlungen erwähnt Müller nur beiläufig. Er berücksichtigt aber nicht, dass diese Vorgeschichte von großer Bedeutung für den wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum in der Weltwirtschaftskrise war. Die Hyperinflation von 1923 und die Welt-

⁵⁶ Vgl. John Maynard Keynes, *The Economic Prospects*, 1932, in: Donald. E. Moggridge (Hrsg.), *The Collected Writings of John Maynard Keynes*, Vol. 21: *Activities 1931–1939. World Crises and Policies in Britain and America*, London 1982, S. 39–47.

⁵⁷ Vgl. John Maynard Keynes, *Keynes to Walter Case*, 21 January 1932, in: Ebenda, S. 48 f.

⁵⁸ Vgl. Ekkart Zimmermann/Thomas Saalfeld, *Economic and Political Reactions to the World Economic Crisis of the 1930s in Six European Countries*, in: *International Studies Quarterly* 32 (1988), H. 3, S. 305–334. Vgl. auch Ekkart Zimmermann, *The 1930s World Economic Crisis in Six European Countries: A First Report on Causes of Political Instability and Reactions to Crisis*, in: Paul M. Johnson/William R. Thompson (Hrsg.), *Rhythms in Politics and Economics*, New York 1985, S. 84–127.

wirtschaftskrise ab 1929 führten zu einer „Doppelkrise“⁵⁹. Die Folgen der ersten Krise wirkten in die zweite hinein. Man wird dem Handeln Brüning nicht gerecht, wenn man das tiefe Trauma weiter Teile des deutschen Bürgertums außer Acht lässt, das die Inflation – sprich die Vernichtung ihrer Ersparnisse – ausgelöst hatte. In Deutschland setzte sich die Deflationspolitik der Regierung Brüning 1930 bis 1932 ganz bewusst von der als desaströs empfundenen Inflationspolitik des Krisenjahrs 1923 ab⁶⁰. Gewiss, es wäre aufgrund der politischen und ökonomischen Lage 1930 bis 1932 nicht gänzlich unmöglich gewesen, entgegen dem internationalen wirtschaftspolitischen Mainstream von der Deflationspolitik abzurücken. Für eine deutsche Regierung wäre diese Abkehr aber aufgrund der Rahmenbedingungen weit schwerer gewesen als für die Regierungen in den von Müller angesprochenen anderen „etablierten Demokratien“.

Ob Brüning's Wirtschaftspolitik nun als „richtig“ oder „falsch“ bewertet wird, ist ohnehin eine ganz andere Sache. Es ist wohl müßig darüber zu streiten. Das Urteil basiert nahezu zwangsläufig *auch* auf der wirtschaftspolitischen Präferenz des Autors. Aus Knut Borchardts Perspektive hat Brüning Deutschland aus einer wirtschaftlichen Schieflage befreit, indem er die Krise nutzte, um durch Lohnsenkungen die Schere zwischen Löhnen und Arbeitsproduktivität zu schließen. Die deutsche Wirtschaft habe sich 1933 primär aufgrund von Brüning's Politik und der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik erholt⁶¹. Borchardt bewertet die Wirtschaftspolitik Brüning's damit wohl insgesamt zu positiv. Er ignoriert vor allem die sozialen Verwerfungen durch die Massenarbeitslosigkeit. Diese wurde zwar nicht durch die Deflationspolitik verursacht, Brüning nahm sie aber zumindest in Kauf und wirkte ihr nicht wirksam entgegen. *Die „Schuld“* am Untergang der ersten deutschen Demokratie trägt die Wirtschaftspolitik Brüning's indes nicht.

5. Fazit

Ja, wir sollten künftig stärker als in der Vergangenheit das Positive des Aufbruchs zu Demokratie und Sozialstaatlichkeit nach dem Ersten Weltkrieg betonen. Es ist aber ein Fehler, die Zwischenkriegszeit zu einem positiven Kapitel der Demokra-

⁵⁹ Vgl. Folko Arends/Gerhard Kümmel, Germany: From Double Crisis to National Socialism, in: Berg-Schlosser/Mitchell (Hrsg.), *Conditions of Democracy*, S. 129–156.

⁶⁰ Vgl. u. a. Knut Borchardt, Das Gewicht der Inflationsangst in den wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozessen während der Weltwirtschaftskrise, in: Gerald D. Feldman (Hrsg.), *Die Nachwirkungen der Inflation auf die deutsche Geschichte 1924–1933*, München 1985, S. 233–260; Gerald D. Feldman, Weimar from Inflation to Depression: Experiment or Gamble?, in: Ders. (Hrsg.), *Nachwirkungen der Inflation*, S. 385–401.

⁶¹ Vgl. Borchardt, *Wege aus der Arbeitslosigkeit*, S. 42. Vgl. ders., *Zwangslagen und Handlungsspielräume*, in: Stürmer (Hrsg.), *Die Weimarer Republik*; vgl. Albrecht Ritschl, *Deutschlands Krise und Konjunktur 1924–1934. Binnenkonjunktur, Auslandsverschuldung und Reparationsproblem zwischen Dawes-Plan und Transfersperre*, Berlin 2002; ders., Knut Borchardts Interpretation der Weimarer Wirtschaft. Zur Geschichte und Wirkung einer wirtschaftsgeschichtlichen Kontroverse, in: Jürgen Elvert/Susanne Krauss (Hrsg.), *Historische Debatten und Kontroversen im 19. und 20. Jahrhundert*, Stuttgart 2001, S. 234–244.

tiegeschichte mit nur kleinen Schatten umzudeuten, wie Müller es tut. Nur wer, wie er, seinen Blick von vornherein nur auf die „etablierten Demokratien“ richtet, kann zu dem Schluss kommen, dass das Überleben der Demokratie der historische Normalfall, ein Sturz hingegen wie in Deutschland 1933 ein extrem unwahrscheinlicher Betriebsunfall ist. Aus der Perspektive einer globalen Demokratiegeschichte gab es in der Zwischenkriegszeit keine geradlinige Entwicklung zu mehr Demokratie. Die Demokratiegeschichte der Zwischenkriegszeit ist keineswegs eine reine Misserfolgsgeschichte, aber sicher auch keine Erfolgsgeschichte. Müllers Thesen genügen auch ganz und gar nicht seinem Anspruch, die Perspektive der Zeitgenossen einzunehmen. Nach dem Sturz der deutschen Demokratie 1933 wurden die liberalen Demokraten nämlich weltweit von einer tiefen Verunsicherung erfasst. Die Zeitgenossen und nicht erst die Nachgeborenen deuteten dies als eine tiefe „Krise der Demokratie“⁶².

Aus Sicht der Weimar-Forschung wäre es ein gigantischer Rückschritt, das Scheitern der ersten deutschen Demokratie schlicht auf ein Abweichen der Regierung Brüning von einer „keynesianischen“ Wirtschaftspolitik zurückzuführen und die vielen grundlegenden strukturellen Probleme zu ignorieren⁶³. Weimar war damit keineswegs zum Scheitern verurteilt, die Weimarer Republik gehörte aber auch ganz gewiss noch nicht zum Kreis der „etablierten Demokratien“. Sie zählte nach dem Ersten Weltkrieg im Unterschied zu den USA und Großbritannien zu den aus einer Revolution geborenen Demokratien. Nach einem oft allzu kurzen „Honigmond“⁶⁴ sind solche jungen Demokratien im Unterschied zu konsolidierten Demokratien in einer Wirtschaftskrise in ihrer Existenz gefährdet⁶⁵, wie nicht zuletzt die Zwischenkriegszeit lehrt. Die konkrete Wirtschaftspolitik in der Krise ist dabei nicht der entscheidende Punkt.

⁶² Vgl. u. a. William E. Rappard, *Crisis of Democracy*, Chicago 1938. Vgl. auch Karl Loewenstein, *Autocracy versus Democracy in Contemporary Europe*, in: *American Political Science Review* 29 (1935), S. 571–592 u. S. 755–784, und ders., *Militant Democracy and Fundamental Rights*, in: *Ebenda* 31 (1937), S. 417–432 u. S. 638–658.

⁶³ So argumentiert auch William L. Patch, *Heinrich Brüning and the Dissolution of the Weimar Republic*, Cambridge 1998, S. 13.

⁶⁴ Vgl. Michael Bernhard/Christopher Reenock/Timothy Nordstrom, *Economic Performance and Survival in New Democracies: Is There a Honeymoon Effect?*, in: *Comparative Political Studies* 36 (2003), H. 4, S. 404–431.

⁶⁵ Vgl. Ethan B. Kapstein/Nathan Converse, *The Fate of Young Democracies*, Cambridge 2008.